

Es gilt das gesprochene Wort.

H a u s h a l t s r e d e 2012

des CDU-Fraktionsvorsitzenden Bernd-Josef Schwane im Rat der Stadt Dorsten zur Haushaltsverabschiedung des Haushaltes 2012 am 27. Juni 2012.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

dieses ist die 8. Haushaltsrede, die ich für meine Fraktion hier im Rat der Stadt Dorsten halte. Ich bin versucht, es mit Martin Luther zu halten, dem folgendes Zitat zugeschrieben wird: "Hier stehe ich. Ich kann nicht anders. Gott helfe mir. Amen."

In den 8 Jahren ging es immer darum, dass die Stadt Dorsten scheinbar unaufhaltsam der Überschuldung zutrieb. Ich habe wiederholt hervorgehoben, dass im Jahr 2013 die Stadt bilanziell überschuldet sein wird mit einer Summe von 188 Mio. EUR Kassenkrediten.

Strukturänderungen sind angemahnt worden. Wir haben hier und da an Schrauben gedreht. Letztendlich ist aber nicht viel geschehen. Es ging immer irgendwie weiter.

Im Januar 2012 kam dann der Paukenschlag:

Der Landtag hat das sog. Stärkungspaktgesetz verabschiedet, das uns unter strengsten Auflagen zwingt, einen genehmigungsfähigen Haushaltssanierungsplan aufzustellen mit der Folge, dass bis zum Jahr 2021 ein ausgeglichener Haushalt vorliegt.

Aus diesem Grund hat uns das Land jährliche Zahlungen ab 2012 in einer Größenordnung von 3,1 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Wir selbst müssen aber 21 Mio.

EUR einsparen - bis 2016.

Nun kann man natürlich sagen, dass dies eine großzügige Geste ist. Das ist allerdings nicht der Fall:

Die Landesregierung hat nämlich erkannt, dass Kommunen wie Dorsten, die bilanziell überschuldet sind, bei den Banken keine weiteren Kredite mehr erhalten. Dann wäre die Stadt handlungsunfähig. Das Land müsste finanziell eintreten.

Also ist das, was heute vorliegt, durchaus von Eigennutz geprägt.

Wer nun geglaubt hat, dass das Haushaltssanierungskonzept nicht so stringent ausgelegt werden muss - weil man mit der Kommunalaufsicht noch reden können - wird sicherlich bitter enttäuscht sein. Fest steht nach dem Gespräch der Bürgermeister mit dem Innenminister in der letzten Woche, dass es keine weiteren Mittel vom Land geben wird. Das Land wird auch nicht bereit sein, Kommunen, die das Sparziel nicht erreichen, entgegenzukommen.

An dieser Stelle will ich auch meine Kritik an der Politik des Landes nicht verhehlen. Innenminister Jäger hat seinerzeit erklärt, dass die Kosten bei den Finanzhilfen zwischen Bund, Land und Kommunen wie folgt zu verteilen sind:

Bund und Land je 40 % und Kommune 20 %.

Diese Vorgabe ist nur teilweise erfüllt worden. Leider sind Gelder, die der Kreis vom Bund erhalten hat, nicht an die Kommunen weitergeleitet worden. Auch ist das Land mit der Zahlung der 3,1 Mio. EUR Finanzhilfe bei einem jährlichen Defizit der Stadt von 25 Mio. EUR, also in Höhe von 12 %, von seiner Zusage noch weit entfernt.

Dies ist ein Phänomen, was schwerpunktmäßig in Nordrhein-Westfalen zu beobachten ist. Hier muss sich der Minister an seinen Worten messen lassen und für Änderung sorgen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle etwas zu der Diskussion um den Stärkungspakt sagen, die in den letzten Wochen über die hiesige Presse, aber auch in Internetforen gelaufen ist.

Die katastrophale Finanzsituation wird im Wesentlichen der Politik aber auch der Verwaltung angelastet.

Da gibt es Leute mit angeblich hoher Fachkompetenz. Die wollen uns erklären, welche Fehler wir gemacht haben und wie wir den Haushalt sanieren können. Allerdings sind ihre Vorschläge oft abenteuerlich.

Es gibt Bürger, die zwar auf der einen Seite sagen, es müsse etwas geschehen. Sobald allerdings ihre eigenen Interessen tangiert sind, gehen sie auf Gegenkurs. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die manchmal abstrusen Ausführungen im Hinblick auf die Erhöhung der Hundesteuer. Norbert Blüm, der zu drastischen Formulierungen neigte, hat einmal wie folgt formuliert: "Alle wollen den Gürtel enger schnallen, aber jeder fummelt am Gürtel des Nachbarn herum."

Richtig ist natürlich, dass in den letzten Jahren und Jahrzehnten die gesamte Politik auf sämtlichen Ebenen sehr großzügig mit Steuergeldern umgegangen ist. Dies gilt auch insbesondere für unsere Altfordere hier im Rat. Wir haben das Pech, dass wir zum Teil Dinge auslöffeln müssen, die wir gar nicht zu vertreten haben.

Aber so ist das nun einmal in der Politik, den letzten beißen die Hunde.

Insoweit sind die Bemühungen, insbesondere des Bürgermeisters, Anerkennens- und lobenswert, im Hinblick auf das heute zur Abstimmung anstehende Sanierungspaket einen breiten Konsens zu erzielen.

Ich muss sagen, dass die Politik immer in die Entscheidungsprozesse eingebunden war. Die Verwaltung war immer sehr offen und stand für Rückfragen und Diskussionen bereitwillig zur Verfügung. Sie war auch jederzeit bereit, Änderungen mit aufzunehmen. Dieses ist ein wichtiges Signal für die Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung. Letztendlich sitzen wir alle in einem Boot.

Heute müssen wir als Entscheidungsträger in unserer Stadt das Ruder herumreißen, auch

wenn es weh tut, wir müssen bis an die Grenze des Ertragbaren gehen.

Ich erinnere an die Etairede des Bürgermeisters: " Nun beginnt die Stunde der Politik, die Stunde der Wahrheit hat geschlagen."

Meine Damen und Herren,

es gibt keine Alternative zu dem Sparpaket. Wir müssen herunter von der hohen Zinslast und von dem hohen Schuldendienst, um wieder handlungsfähig zu werden.

Deshalb begrüßen wir es, dass sich die hier im Rat vertretenen Parteien in einem gemeinsamen Kraftakt bemühen, die Handlungsfähigkeit unserer Stadt wiederherzustellen.

Deshalb war es für meine Fraktion keine Frage, die Sparmaßnahmen des A-Pakets, die zu einer dauernden Haushaltsentlastung von immerhin 9,6 Mio. EUR führen werden, in vollem Umfang zu akzeptieren.

Wir haben uns entschlossen, dass B-Paket passieren zu lassen, d. h. zurzeit dort nicht einzugreifen. Meine Fraktion hat sich hiermit schwer getan. Wir verlangen aber, dass die Verwaltung bis zum Jahresende bei den in diesem Paket angesprochenen Positionen ernsthaft nach weiteren Einsparungspotentialen sucht.

Auch sind die von der Verwaltung angedachten Steuererhöhungen ab 2013 für die CDU-Fraktion ein großes Problem. Ich betone an dieser Stelle, dass wir, anders als einige im Rat vertretene Parteien, der Meinung sind, dass wir hier in Dorsten eher ein Ausgabenproblem als ein Einnahmeproblem haben.

Wir meinen, dass alles daran gesetzt werden muss, um die Ausgaben durch Kürzungen zu reduzieren.

Erst dann kann als allerletztes Mittel zu Steuererhöhungen gegriffen werden. Zwar hat nach unserer Meinung die Verwaltung mit dem Sanierungsplan und den angedachten Steuererhöhungen den seriösesten Ansatz gebracht der z.Zt. möglich ist. Dennoch haben

wir lange und schmerzliche Diskussionen geführt.

Es ist zwar richtig, dass Steuererhöhungen in dem angedachten Umfang alle Bürger treffen bspw. bei der Grundsteuer B Eigentümer wie auch Mieter und auch Gewerbetreibende.

Auf der anderen Seite führen Steuererhöhungen in der angedachten Höhe letztendlich dazu, dass die Lebensverhältnisse in Dorsten im Vergleich zu anderen Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen nachhaltig negativ verändert werden.

Wir müssen uns messen lassen an Kommunen, die nördlich von uns liegen wie Reken, Heiden oder Borken

Meine Damen und Herren,

wir legen größten Wert darauf, dass das Land aber auch der Bund bei den Soziallasten weiterhin in die Pflicht genommen werden, um zu einer Neuregelung der landesweiten Finanzausweisungen zu kommen.

Wir erwarten von der Verwaltung, dass bis zum Beschluss der Steuersatzung Ende des Jahres alles, aber auch wirklich alles, versucht wird, um die angedachten Steuererhöhungen nicht so stark ausfallen zu lassen. Ich denke, dass dies auch gelingen wird, zumal davon auszugehen ist, dass wir bei einer Neuberechnung der Konsolidierungsumlage noch Entlastungen erfahren werden.

Stichwort: Zinsbelastung

Wir sind der Meinung, dass wir dafür Sorge tragen müssen, dass bei derartig hoher Verschuldung in Zukunft für freiwillige Ausgaben keine zusätzlichen Kredite mehr aufgenommen werden dürfen ohne entsprechende Gegenfinanzierung. Denn die Versuchung ist groß, bei einem genehmigten Haushaltssanierungskonzept möglicherweise wieder für andere freiwillige Leistungen und Wohltaten Geld auszugeben, wie dieses früher oft der Fall war.

Deswegen haben wir den Vorschlag einer Schuldenbremse gemacht. Einzelheiten ergeben sich aus dem Entwurf, der Ihnen vorliegt.

Wir verkennen nicht, dass die Einführung der Schuldenbremse vielleicht zu Einschränkungen bei Zuschüssen im freiwilligen Bereich führen könnte. Uns ist bewusst, dass es zur Lösung der anstehenden Probleme keinen Königsweg gibt.

Auf der anderen Seite wollen wir ein Signal setzen, dass es so nicht weitergeht. Wir sind es unseren Bürgern, unseren Kindern schuldig.

Wir müssen unseren Nachfolgern eine geregelte Finanzsituation hinterlassen. Deswegen halten wir die Schuldenbremse, die im Übrigen auch im Bund eingeführt worden ist, für ein vernünftiges Gestaltungsmittel. Einzelheiten sind noch zu besprechen. Der vorliegende Entwurf soll deshalb als Diskussionsgrundlage dienen.

In meiner letzten Haushaltsrede habe ich zum Ausdruck gebracht, dass wir Strukturen verändern müssen. Insoweit kommt der Verwaltungsvorschlag unseren Vorstellungen entgegen.

Wir denken, dass Politik zusammen mit der Verwaltung ausloten muss, in welchen Bereichen strukturelle Änderungen in dieser Stadt möglich sind. Ich denke, dass noch ein großes Potenzial vorhanden ist.

Klar ist natürlich, dass nicht bis Ende des Jahres Hunderttausende eingespart werden können, aber bei Strukturreformen ist es so, dass sie langfristig wirken, und, und darauf kommt es an, hierdurch letztendlich der Kreditbedarf und damit die Zinszahlungen stark reduziert werden.

Apropos Strukturen. Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass Bürger, wenn sie Leistungen der Stadt in Anspruch nehmen, hierfür auch zahlen sollten.

Es kann nicht sein, dass in bestimmten städtischen Einrichtungen niedrige Gebühren erhoben werden für relativ wenige Nutzer. Auf der anderen Seite zahlt die Mehrheit der Bevölkerung deren Unterhaltung.

Deshalb verlangen wir, dass sämtliche Satzungen überarbeitet werden müssen, um den Anteil, der über den Verwaltungshaushalt finanziert wird, deutlich zurückzuführen.

Wir meinen, dass kostendeckende Gebühren angestrebt werden sollten, wobei Ausnahmen natürlich durchaus denkbar sind. Auch die soziale Auswahl ist zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren,

warum haben wir den Ergänzungsantrag zusammen mit der FDP eingebracht?

Die CDU-Fraktion will deutlich machen, dass dieser Rat sich der Verantwortung gegenüber der Bürgerschaft und auch der nachwachsenden Generation bewusst ist. Wir wollen eine Trendumkehr. Das ist nur mit den in unserem Antrag beschriebenen Maßnahmen möglich.

Insbesondere soll auch erreicht werden, dass alle an diesem Spiel Beteiligten, das gilt für Politik, Verwaltung aber auch für Land und Bund, deutlich gemacht wird, dass wir es mit der Konsolidierung der städtischen Finanzen Ernst meinen. Es ist völlig gleich, was die anderen Städte machen, wir tragen die Verantwortung in Dorsten.

Wir wissen, dass das ein harter und steiniger Weg ist. Wenn demnächst über weitere Einsparungen im Rahmen der Strukturkommission geredet wird, wird es zu harten politischen Auseinandersetzungen kommen. Das müssen wir aushalten.

Apropos Politiker.

Ich muss Ihnen sagen, dass die Arbeitsbelastungen, denen wir in den letzten Wochen ausgesetzt waren, in dieser Form nicht mehr akzeptabel sind.

Der von der Landesregierung vorgegebene Fahrplan für das Haushaltssanierungskonzept ist aus meiner Sicht eine Zumutung. Innerhalb von ca. 6 Wochen sollten die parlamentarischen Beratungen und Diskussion durchgeführt werden.

Fraktionsvorsitzenden anschau. Es stellt sich die Frage, was die Landespolitik von uns erwartet.

Der Minister, auf diesen Umstand angesprochen, entgegnete wohl nur lapidar: "Da müssen Sie durch!" So einfach ist das.

Ich glaube, dass der Minister offensichtlich nicht weiß, was er da redet. Meiner Meinung nach ist die Grenze dessen, was nebenberuflich zu leisten ist, bei weitem überschritten.

Wenn das so weitergeht, darf man sich an anderer Stelle nicht darüber wundern, dass nur wenige Menschen in der Lage und willens sind, sich in der Kommunalpolitik zu betätigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die CDU-Fraktion wird den vorliegenden Anträgen zustimmen, insbesondere dem Haushaltssanierungskonzept. Wir halten es mit George Bernard Shaw, der einmal formulierte: "Was man sparen nennt, heißt nur, einen Handel für die Zukunft abschließen."

An dieser Stelle ist es üblich, dass sich die Fraktionsvorsitzenden bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit bedanken.

Ich möchte besonders betonen, dass die Verwaltung mit Bürgermeister und Verwaltungsvorstand dieses Jahr ein besonderes Lob verdient hat. In einem bemerkenswerten Kraftakt in Tag- und Nachtaktionen hat sie diese Sparmaßnahmen und Sparlisten zusammengestellt.

Vielen Dank!